Die Regierung zieht nicht an einem Strang

Zu: „Koalition in Rage“, FR-Meinung vom 12. und „Hebel meint“: „Der Preis der Glaubwürdigkeit“, FR-Magazin v. 10. August

Steuern hinterziehen mit Möhrensaft

Warum nur darf man in Deutschland Finanzminister werden, ohne sich auch nur ein bisschen Fachwissen anzueignen? Hätte unser Finanzminister mal seine Steuergesetze gelesen, dann hätten er sich mit den folgenden sinnvollen oder eher sinnlosen Fragen beschäftigen können, statt mit den derzeitigen Steuerplänen.

Warum versteuert man Milch mit sieben Prozent Umsatzsteuer (USt), aber Sojamilch mit 19 Prozent? Warum zahlt man bei Kartoffeln sieben Prozent USt, aber auf Süßkartoffeln 19 Prozent? Warum wird das Schulessen und Babynahrung im Umsatzsteuerrecht mit 19 Prozent USt versteuert, aber Katzenfutter nur mit sieben Prozent? Vielleicht weil Katzenfutter unseren Katzen wesentlich besser schmeckt? Warum gilt der ermäßigte Steuersatz im Nahverkehr, aber auf klimaschädliche Flugreisen fallen überhaupt keine Steuern an?

Heizt man mit Holz, so wird Brennholz mit sieben Prozent versteuert, aber derjenige, der mit Gas oder Öl heizt, zahlt nicht nur die Energiesteuern, nein er zahlt zudem noch die neunzehnprozentige USt und das bei den derzeitigen hohen Energiepreisen?

Für Tomate und Möhren zahlt man sieben Prozent USt, aber auf Ketchup und Tomaten- oder Möhrensaft 19 Prozent USt? Begeht man etwa zu Hause eine Steuerhinterziehung, wenn man aus Möhren Möhrensaft herstellt?

Das Fleisch vom Wildschwein wird mit 19 Prozent USt, aber das Hausschwein nur mit sieben Prozent USt versteuert? Was für einen Steuersatz ist denn eigentlich auf Schweinekinder anzuwenden, wenn ein Hausschwein mal vom Wildschwein gedeckt wird?

Für die Kaffeebohnen zahlt man sieben Prozent USt, aber für einen Kaffee, den man im Restaurant trinkt, satte 19 Prozent USt. Da gibt es noch viel, viel mehr Beispiele und Aufgaben in unserem deutschen Steuerdschungel. Jürgen Scheiter, Aßlar

Die FDP steht auf der Bremse

Dass die Fortschrittsampel regiert in der Wendezeit, zeigt, dass der Koalitionsvertrag ein Stückwerk in der Gegenwart ist. Der Streit, im Einzelfall über die Schuldenbremse, Energiepreise, die hohe Inflationsrate, die FDP steht auf der Bremse. Wenn zwei sich einig sind, dann steht die Ampel nur auf Gelb. Die Spaßbremse macht Parteipolitik zum Regierungsauftrag. Die Zeitenwende wird zur Last im Regierungsalltag.

Thomas Bartsch-Hauschild, Hamburg

Zynische Politik statt Allgemeinwohl

Die Bundesregierung verliert immer mehr an Glaubwürdigkeit, zumal jetzt auch noch Merz und Lindner mit ihrer zynischen Logik und Doppelmoral mitmischen. Ich vermisse die Politiker, die das Allgemeinwohl der Menschen, vor allen Dingen derer, die nicht die Fähigkeiten haben, in unserem mörderischen Kapitalismus ohne Verletzungen zu überleben. Nennen Sie mir bitte nur einen einzigen Politiker, der auf Augenhöhe dem kleinen Mann (beziehungsweise Frau) gerecht wird, beziehungsweise hilft!

Gisela Lüttgen, Montabaur

Die Ampel bessert bloß nach

Die Ampel geht in die Geschichte der Bundesrepublik als Nachbesserungs- und Nachjustierungsregierung ein. Keine Vorlage, aus welchem Ministerium auch immer, kommt ohne die Formulierung, nach Vorlage, aus. Ein Drama: eine schlampige Vorlage durch die Beamten und die Minister.

Dann unser Kanzler: Er spricht immer noch von einem Putin-Krieg. Ja, Putin hat es angeordnet, aber 70 Prozent der Bevölkerung stehen dahinter, insofern kann heute nicht mehr von einem Putin-Krieg gesprochen werden, sondern von einem Russland-Krieg. Diejenigen Russen, die das Land verlassen haben, haben dies nicht getan, weil sie gegen Putin sind, sondern weil sie Wirtschaftsflüchtlinge sind und ihr Business vom Ausland aus gestalten.

Der dritte negative Auftritt des Kanzlers war gestern. Der Palästinenserpräsident Abbas konnte ohne Widerspruch eine Behauptung zum Holocaust und einen Zusammenhang herstellen, der schon auf Berliner Bühne ein Affront gegenüber seinem Gastgeber und Gastland ist. Zeitversetzt dann noch zu versuchen, die Kurve zu bekommen, zeigt auf, dass der Kanzler nur mit vorbereiteten Texten glänzen kann.

Wolfgang Brillisauer, Hofheim am Taunus

Gute Politik kommt ohne Tote aus

Indopazifik-Konflikt: „China droht mit Militär, - wir mit Demokratie“, FR-Politik vom 8. August

Mehr Mitspracherecht für Europa

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und Oberbefehlshaber der NATO plant, als Revanche auf die Reaktion der Volksrepublik China auf den Besuch der Vorsitzenden des Kongresses, Nancy Pelosi in Taiwan, die US-Flotte in der Taiwan-Straße aufmarschieren zu lassen.

Die Nato ist gerade damit beschäftigt, Russland von dem Versuch abzuschrecken, in Osteuropa nach der Verwirklichung von Großmachtträumen zu streben. Sollte sich aus der Konfliktesskalation in Ostasien zwischen China und den USA ein handfester Krieg entwickeln, werden die USA die europäischen Partner um Hilfe bitten. Partner, die wiederum bereits mit der Stationierung von Truppen in Osteuropa zur Abschreckung Putins beschäftigt sind. Aus dieser Konstellation könnte sich ein Zwei-Fronten-Krieg der NATO gegen Russland und China ergeben. Wollen wir Europäer eine solche Entwicklung? Deutschland hat schlechte Erfahrungen mit Zwei-Fronten-Kriegen gemacht. Wir Europäer lassen zu viel mit uns machen! Es wird höchste Zeit, dass wir ein größeres Mitspracherecht bei der Gestaltung der Weltpolitik der USA einfordern!

Präsident Biden könnte auch nach Peking fliegen und Xi Jin Ping vorschlagen, statt eines Eroberungskrieges gegen Taiwan mit dem anderen China, einen Vertrag über gute Nachbarschaft zusammen mit einem Bündel vertrauensbildender Maßnahmen zu beschließen und sich nach fünf Jahren zu einer weiteren Konferenz zu treffen, auf der geklärt wird, ob die Vertrauensbildung auf beiden Seiten der Taiwan-Straße so weit fortgeschritten ist, dass man an eine Wiedervereinigung denken kann. Gute Politik kommt ohne Tote aus! Otfried Schrot, Hannover

Marx würde sich im Grabe umdrehen

China bedroht nicht nur Taiwan, sondern ist durch diese destruktive Haltung eine Bedrohung für alle demokratischen Staaten. Aber ich bezweifle, dass China dies tut, weil die Chinesen Kommunisten seien, und als ginge es, wie in der FR formuliert, um eine „Einigkeit gegenüber Kommunisten.“ In vergleichbarer Weise baut Putin den Popanz auf, es ginge beim russischen Angriffskrieg um die Befreiung von Faschisten. Wir reden doch auch nicht über die kapitalistische USA, wenn wir von deren Interventionen sprechen und seien sie auch noch so von wirtschaftlichen und finanzpolitischen Interessen bestimmt. Meines Erachtens geht es um eine Einigkeit gegenüber einem totalitären Regime, das seine Einfluss- und Herrschaftsinteressen erweitern will.

Wahrscheinlich würde sich Marx im Grabe umdrehen, wenn er hören würde, was China unter Kommunismus versteht, und wie die Staatsmacht im Namen dessen Minderheiten in ihrer eigenen Bevölkerung unterdrückt. Dies wiederum scheint einigen Antikommunisten in Europa und den USA gerade recht zu sein, um ihre eigenen unsozialen Wirtschaftsinteressen zu propagieren.

Robert Maxeiner, Frankfurt

BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20220816

FR ERLEBEN

Lutz „Bronski“ Büges Theaterstück „Genetics“ wird in einer szenischen Lesung uraufgeführt. Der Autor ist dabei und beantwortet anschließend gern Fragen bei Brot und Wein. Das Stück hat den zweiten Platz im Wettbewerb „Theatermarkt 2022“ des Frankfurter Autorentheaters gewonnen.
Sonntag, 25. September, 18 Uhr Brotfabrik, Bachmannstr. 2-4, Frankfurt

Leider nicht sachlich

Zu: „Marionette Putins“, FR-Meinung vom 4. August

Seit circa 40 Jahren bin ich Leser der Frankfurter Rundschau. Die meisten der politischen Analysen finde ich zutreffend, informierend und im Ton sachlich. Leider trifft dies auf den Kommentar (und die Karikatur) in der Ausgabe vom 4. August zu Gerhard Schröders Interview im Stern nicht zu.

Da wir nicht in die Gehirne anderer Menschen blicken können, wissen wir letztendlich nie genau die Motivationslage unserer Mitmenschen, die zu bestimmten Handlungen führt. Gerhard Schröder werden aber nicht nur in diesem Kommentar niedrige Beweggründe unterstellt: Geldgier, Machtgier, die Rolle als alternder Mann und so weiter.

In Ihrem Kommentar jetzt die Vermutung, er wolle den aktuellen Bundeskanzler „vorführen“. Ich hätte mir eine sachliche Auseinandersetzung mit den Aussagen und Argumenten seines Interviews gewünscht. Auch ihn als „Marionette Putins“ zu bezeichnen, ist diskreditierend, entlastet vielleicht den Schreiber, erspart mir aber nicht die notwendige sachliche Argumentation.

So finde ich diesen Kommentar nur schlecht.

Rudolf Wlczek, Lampertheim

Realistische Forderung?

Zu: „Gedenken ohne Hinterbliebene“, FR-Politik vom 13. August

Was mir an diesem Artikel fehlt, das sind Vergleichszahlen, was in Deutschland für Opfer von Gewalttaten mit Todesfolge in der Vergangenheit gezahlt worden ist. Auch fehlt mir die Info, ob es finanziell Unterschiede gibt bei den Motiven der Täter. Nur so kann der Leser sich eine Meinung bilden, ob die Entschädigungsforderung realistisch, oder nur … ist.

Auf der Seite 13 (Meinung, Anm. d. Red.) wird vom Redakteur darauf detailliert und ausgewogen eingegangen.

Hubert Oechsner, Aschaffenburg

Urgrüne gibt es noch

Erwiderung: „Der Widerstand gegen Atomkraft bröckelt“, FR-Forum v. 6. 8.

Als ob Grüne eine bessere Politik machen könnten, solange sie sich in einer Koalition mit Partnern einigen müssen!

Nach meiner Erfahrung – ich bin Mitglied seit Mai 1980 – führt die reine Lehre in die politische Bedeutungslosigkeit. Die Urgrünen gibt es ja noch: Ökolinx mit Jutta Ditfurth an der Spitze. Gerd Wild, Frankfurt

Diskussion: frblog.de//f20220810